

Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Harz und nördliches Harzvorland“ im Landkreis Quedlinburg (LSG-VOHV) vom 04. Februar 1994 (Quedlinburger Kreisblatt Nr. 5/94 S. 9), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Februar 2007 (Quedlinburger Kreisblatt Nr. 4/2007 S. 5)

Aufgrund der §§ 20 und 26 des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (NatSchG LSA) vom 11. Februar 1992 (GVBl. LSA S. 108), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes zur Änderung des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vom 24. Mai 1994 (GVBl. LSA S. 608), sowie der §§ 94 und 101 der Neufassung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 01. Januar 1996 (GVBl. LSA S. 2) wird verordnet:

§ 1 Landschaftsschutzgebiet

(1) Das in Absatz 2 bezeichnete Gebiet wird zum Landschaftsschutzgebiet „Harz und nördliches Harzvorland“ erklärt.

(2) Das Landschaftsschutzgebiet ergibt sich übersichtsweise aus der Karte im Maßstab 1:50.000, die als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlicht ist. Der genaue Grenzverlauf ergibt sich aus einem Satz Karten (Topografische Karte, Maßstab 1:10.000), der bei der unteren Naturschutzbehörde hinterlegt ist. Mehrfertigungen befinden sich bei den Gemeinden, die Flächenanteile an diesem Landschaftsschutzgebiet haben, **und können** dort kostenlos von jedermann während der Dienstzeit eingesehen werden. Das Landschaftsschutzgebiet ist ca. 31.000 ha groß. Die Grenze ist durch eine Punktreihe dargestellt. Sie verläuft auf der dem Landschaftsschutzgebiet abgewandten Seite der Punktreihe.

(3) **gestrichen**

§ 2 Schutzzweck

(1) Der nachfolgend näher beschriebene landschaftliche Charakter des Landschaftsschutzgebietes ist zu erhalten. Er wird bestimmt durch die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes. Das

Landschaftsschutzgebiet eignet sich in besonderem Maße für die Erholung. Die überwiegend forst- und landwirtschaftlich genutzten Bereiche des Harzes und der Aufrichtungszone seines nördlichen Vorlandes bilden trotz der Vielfalt vorhandener Landschaftsbilder und Lebensräume entsprechend ihrer von einander abhängigen Entstehung in erdgeschichtlicher Zeit eine Einheit. Der Charakter des Landschaftsbildes wird insbesondere bestimmt durch:

1. artenreiche Wiesentäler und Bergwiesen mit den ökologisch wertvollen Bereichen angrenzender Wälder, ausgedehnte artenreiche Trockenrasen und Streuobstwiesen sowie ein baumgesäumtes Wegenetz in der offenen Landschaft und um die Ortslagen sowie das bewegte Relief des Mittelgebirges und der vorgelagerten Schichtrippenlandschaft, das dadurch geprägte vielfältige, eigenartige und schöne Landschaftsbild;
2. das Freisein des Außenbereiches von Bebauung aufgrund der traditionellen Siedlungsentwicklung im Harzgebiet und seinem nördlichen Vorland mit einer Konzentration der Bebauung auf die Ortslagen. Einzelne Forsthäuser, ehemalige Mühlen, Hammerwerke und Jagdschlösser sowie Haltepunkte der Harzer Schmalspurbahn und Burgruinen sind gebietstypisch;
3. die naturnahen Fließgewässer mit den dazu gehörigen Talräumen und Quellbereichen und der gewässerbegleitenden Vegetation;
4. eine Vielzahl unterschiedlicher Biotope, die Lebensräume für eine besonders artenreiche und für den Harz und sein Vorland typische, z.T. bestandsgefährdete Pflanzen- und Tierwelt sind;

5. historische Stauteiche, Gräben und Wasserläufe sowie wassergefüllte Restlöcher verschiedener aufgelassener Bodenabbaustätten einschließlich der an sie gebundenen naturnahen Vegetation und Tierwelt;
6. vom ehemaligen Bergbau geschaffene Kulturlandschaftsteile mit teilweise historisch und ökologisch hervorragender Bedeutung;
7. die naturnahen Vegetationseinheiten auf den aus einer Vielfalt von Ausgangsgesteinen gebildeten Böden des Harzes und der Aufrichtungszone des nördlichen Harzvorlandes.

(2) Der besondere Schutzzweck der Erklärung zum Landschaftsschutzgebiet ist:

1. Die Erhaltung und Entwicklung des Gebietes, insbesondere des Waldes, der naturnahen Wiesentäler und Bergwiesen im Harz, der Trockenrasen, Streuobstwiesen und Alleen, von Lebensstätten der heimischen Pflanzen- und Tierwelt, des Reliefs, der naturnahen Fließgewässer mit den dazugehörigen Talräumen und Quellbereichen und der natürlichen gewässerbegleitenden Vegetation, der landwirtschaftlichen genutzten Böden, um die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zu erhalten bzw. wieder herzustellen und um das Landschaftsbild zu pflegen, zu beleben und zu gliedern;
2. die Erhaltung bzw. Verbesserung der Ruhe und der Eignung des geschützten Gebietes für die ungestörte Erholung in Natur und Landschaft;
3. die Nutzung der Funktion des Gebietes als Pufferzone für **Naturschutzgebiete, Naturdenkmale und geschützte Landschaftsbestandteile**;
4. die Freihaltung des Gebietes von Bebauung und die landschaftliche Einbindung von Ortsrändern und der vorhandenen genehmigten Campingplätze, Freibäder, Gartenlaubenkolonien, Anwesen und sonstigen baulichen Anlagen;

5. die Erhaltung, Wiederherstellung und Freihaltung von Waldrändern, die als abgestufter Übergang zu Freiflächen im Walde, zur Feldflur, zu Gewässern und Siedlungen zahlreichen Pflanzen- und Tierarten vielfältige Lebensmöglichkeiten bieten;
6. die Verwendung standortheimischer Baum- und Straucharten bei der Erstaufforstung;
7. die Erhaltung der natürlichen bzw. naturnahen Pflanzen- und Waldgesellschaften auf den Böden der verschiedenen bodenbildenden Gesteine;
8. die Erhaltung von geowissenschaftlich wertvollen Flächen, Objekten und Fundplätzen von Mineralien und Fossilien für Forschung, Lehre und Heimatpflege.

§ 3 Erlaubnisvorbehalt

- (1) In dem Landschaftsschutzgebiet bedürfen folgende Handlungen der vorherigen Erlaubnis durch die untere Naturschutzbehörde, sofern sie nicht nach § 7 freigestellt sind:
1. Ortsfeste Draht- und Rohrleitungen, Werbeanlagen, Einfriedungen mit Ausnahme von Kulturzäunen der Forstwirtschaft und Weidezäunen, ortsfeste und fahrbare Kanzeln sowie Schirme in der offenen Landschaft und auf Waldwiesen, militärische Anlagen, offene Schutzhütten, öffentliche Spiel-, **Rast-**, Grill- und Badeplätze zu errichten oder wesentlich zu verändern, auch wenn die Handlungen keiner baurechtlichen Entscheidung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind;
 2. Plätze, Reit- oder Radwanderwege sowie Wege neu anzulegen oder zu verbreitern, erstmalig zu versiegeln so wie Loipen festzulegen oder erstmalig einzurichten;
 3. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten oder für diesen zugelassenen Straßen, Wegen und Plätzen mit Kraftfahrzeugen zu fahren oder diese sowie Anhänger abzustellen;

4. außerhalb von Hausgrundstücken, ausserhalb von öffentlichen Verkehrsflächen und auf anderen als den behördlich hierfür zugelassenen Plätzen in abgestellten Fahrzeugen zu übernachten;
5. Hinweisschilder aller Art anzubringen, soweit sie sich nicht auf den Natur- und Landschaftsschutz, den Wasser- und Heilquellenschutz einschließlich der Kennzeichnung wasserwirtschaftlicher Anlagen, den ordnungsgemäßen Forst- und Jagdbetrieb oder die Verkehrsregelung **durch amtliche Schilder** beziehen oder Wanderwege oder Loipen kennzeichnen und nicht größer als 1 m² sind;
6. Maßnahmen zur Erkundung und zum Ausbau von Lagerstätten zur Förderung von **Bodenschätzen**, Bodenbestandteilen, Torf und Mudden durchzuführen, mit denen Veränderungen an der belebten Bodenschicht oder erhebliche Geräuschemissionen verbunden sind;
7. organisierte Wander- und Sportveranstaltungen oder andere gesellige Veranstaltungen, auch auf Reittieren, auf Geräten wie z.B. Skiern, Schlitten, Fahrrädern oder zu Fuß mit mehr als 100 Personen einschließlich Betreuungspersonal durchzuführen. Ausgenommen sind kirchliche Veranstaltungen sowie Veranstaltungen, die auf dafür zugelassenen Einrichtungen wie Wettkampfloipen, Reit-, Sport- oder Grillplätzen stattfinden;
8. auf anderen als den behördlich dafür zugelassenen Gewässern Boote, Flöße Surfbretter oder mit Verbrennungsmotoren betriebene Modellboote zu benutzen; der Gemeingebrauch wird insoweit beschränkt (§ 77 WG LSA);
9. **aufgehoben**
10. bisher nicht forstlich genutzte Grundflächen erstmalig aufzuforsten oder Weihnachtsbaumkulturen anzulegen;
11. Modellflugplätze anzulegen oder motorgetriebene Modellflugzeuge ausserhalb von zugelassenen Modellflugplätzen zu betreiben, Hängegleiter zu

verwenden oder das Fallschirmspringen durchzuführen;

12. Flurgehölze aller Art, wie Feldgehölze, Baumgruppen, Gebüsche, Hecken, Einzelbäume, Baumreihen oder Waldränder zu beseitigen oder zu verändern oder zu beschädigen; zulässig bleiben unter Beachtung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, die der Erhaltung oder der Förderung dieser Gehölze oder der Freihaltung angrenzender Nutzflächen, einschließlich von Straßen, Wegen, Plätzen, Bahnlinien, Gebäuden und für den allgemeinen Tourismus bedeutsame Sichtschneisen oder ober- und unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen oder von Waldrändern im Rahmen einer ordnungsgemäßen Forstwirtschaft dienen;
13. Teiche anzulegen oder zu erweitern;

(2) Die Erlaubnis ist auf Antrag zu erteilen, wenn der Charakter des Landschaftsschutzgebietes oder von Teilen desselben und der besondere Schutzzweck (§ 2) nicht beeinträchtigt werden.

§ 4 Verbote

In dem Landschaftsschutzgebiet sind folgende Handlungen verboten:

1. bauliche Anlagen aller Art einschließlich der dazu notwendigen Verkehrsflächen, Golf-, Sport- und Campingplätze zu errichten, auch wenn die Handlungen keiner baurechtlichen Entscheidung bedürfen oder nur vorübergehender Art sind. Nicht unter dieses Verbot fallen Anlagen, die im § 3 Abs. 1 Nr. 1 genannt sind;
2. Gewässer und Feuchtflächen aller Art, wie z.B. Quellen, Altwässer, Tümpel, Weiher, Teiche, Naßstellen, Röhrichte Sümpfe sowie Bäche, Gräben oder andere Fließgewässer sowie die hieran gebundene Vegetation oder Tierwelt zu verändern oder zu beseitigen, soweit dies nicht der Wiederherstellung und Pflege naturnaher Gewässer und Feuchtgebiete oder der Trinkwasserversorgung unter Beachtung

der wasser- und naturschutzrechtlichen Vorschriften dient;

3. bedeutsame geologische Erscheinungen wie Felsen, Klippen, Blockhalden, Terrassenkanten oder Höhlen oder sonstige für die geowissenschaftliche Forschung oder Lehre genutzte Aufschlüsse zu beseitigen oder diese oder die sonstige Bodengestalt zu verändern;
4. Mineralien oder Fossilien zu sammeln, wenn dadurch die belebte Bodenschicht verletzt wird, oder wenn das Sammeln zu gewerblichen Zwecken erfolgt;
5. Fahrzeuge oder Anhänger zu waschen;
6. Fahrräder außerhalb von Wegen zu benutzen;
7. nicht ortsfeste Werbeeinrichtungen und -außerhalb von zugelassenen Grillplätzen - nicht ortsfeste Verkaufseinrichtungen aufzustellen;
8. Wald im Sinne des Bundeswaldgesetzes in andere Nutzungsarten umzuwandeln;
9. die Ruhe und den Naturgenuß durch Lärm zu stören.

§ 5 Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen

(1) Grundstückseigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte sind nach Maßgabe des § 27 NatSchG LSA verpflichtet, die folgenden Maßnahmen zur Pflege oder Entwicklung des Landschaftsschutzgebietes zu dulden:

1. die Kenntlichmachung der Grenzen des Landschaftsschutzgebietes durch hierfür vorgesehene amtliche Schilder sowie die Aufstellung sonstiger Hinweistafeln, die sich auf den Landschaftsschutz beziehen, durch die untere Naturschutzbehörde gemäß § 55 Abs. 1 NatSchG LSA;
2. die Beseitigung von Gehölzaufwuchs, das Mähen oder die Beweidung auf den Halbtrockenrasen, Magerrasen, ungenutzten Berg- und Talwiesen, stillgelegten Bodenabbaustellen sowie Moorflächen und geologischen Aufschlüssen;

3. die Pflege und Neuanpflanzung von standortheimischen Gehölzen zur Erhaltung, zur Pflege und zur Entwicklung der natürlichen Pflanzengesellschaften und zum Uferschutz entlang der Gewässer auf bisher nicht oder nicht mehr land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundflächen, **wasserrechtliche Bestimmungen bleiben hiervon unberührt;**

4. Maßnahmen zur Pflege und Wiederherstellung naturnaher Fließgewässer einschließlich des Rückbaus von Sohlabstürzen und ungenutzten Wehren, Mauern und anderen Verbauungen; wasserrechtliche Bestimmungen bleiben hiervon unberührt;

5. die Wiederherrichtung verfallener oder verunstalteter natürlicher Reliefformen oder durch menschliche Tätigkeit in historischer Zeit geschaffene Hohlwege, Steinbrüche oder Mühlgräben oder bergbaulicher Grabensysteme.

- (2) Maßnahmen nach Absatz 1 läßt die Naturschutzbehörde nach rechtzeitiger Ankündigung durchführen. Auf Antrag soll sie den Eigentümern oder sonstigen Nutzungsberechtigten gestatten, selbst für die Maßnahmen zu sorgen.

§ 6 aufgehoben

§ 7 Freistellung

Keinen Einschränkungen aufgrund dieser Verordnung unterliegen:

1. die nach § 8 Abs. 2 NatSchG LSA ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung auf bislang dafür genutzten Flächen sowie die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd einschließlich der hierzu erforderlichen Benutzung von Kraftfahrzeugen; § 3 bleibt unberührt;
2. die Unterhaltung und Pflege der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gewerblichen Produktionsstätten, ehemaligen Mühlen, ehemaligen Hammerwerke und ehemaligen Jagdschlösser sowie Haltepunkte der Harzer Schmalspurbahn mit ihren Wohn- und

Wirtschaftsanlagen und den dazu gehörigen gärtnerischen Außenanlagen;

3. das Fahren mit Kraftfahrzeugen auf Flächen und Wegen in Ausübung hoheitlicher Aufgaben;
4. das Fahren von Kraftfahrzeugen zum Zweck der Unterhaltung und Instandsetzung von ober- und unterirdischen Ver- und Entsorgungsleitungen, von Straßen, Wegen, Bahnlinien und oberirdischen Gewässern;
5. das Aufstellen von Schneeschutzanlagen im Rahmen des Winterdienstes einschließlich die hierzu erforderliche Benutzung von Kraftfahrzeugen;
6. die Unterhaltung von der Erholung dienenden öffentlichen Einrichtungen und die hierzu notwendige Benutzung von Kraftfahrzeugen.

§ 8 Befreiungen

Von den Verboten und Geboten dieser Verordnung kann die untere Naturschutzbehörde auf Antrag Befreiung gewähren, wenn:

1. die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall
 - a) zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren ist oder
 - b) zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde oder
2. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.

§ 9 Verfahren für Erlaubnisse und Befreiungen

- (1) Die Erteilung einer Erlaubnis gemäß § 3 Abs. 2 oder Befreiung gemäß § 8 ist beim Landkreis Quedlinburg als untere Naturschutzbehörde schriftlich unter Darlegung der Gründe und Beifügung eines Lageplanes zu beantragen. Von der Vorlage

eines Lageplanes kann im Einzelfall abgesehen werden, wenn dies aus sachlichen Gründen nicht erforderlich ist oder der örtliche Bezug der beantragten Erlaubnis oder Befreiung auch ohne Lageplan zweifelsfrei zu erkennen und klar abgrenzbar ist.

- (2) Die Erlaubnis oder Befreiung wird schriftlich erteilt. Sie kann gemäß § 36 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (VwVfG LSA) vom 18. August 1993 (GVBl. LSA S. 412 vom 23. August 1993) mit Nebenbestimmungen versehen werden.

§ 10 Ordnungswidrigkeiten

- (1) **Gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 1 NatSchG LSA handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig ohne schriftliche Erlaubnis Handlungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 und Nr. 10 bis 14 vornimmt, den in § 4 aufgeführten Verboten oder einer nach § 5 bestehenden Duldungspflicht zu-widerhandelt.**
- (2) **Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 57 Abs. 2 NatSchG LSA mit einer Geldbuße bis zu zwanzigtausend Deutsche Mark geahndet werden.**
- (3) Gemäß § 191 Abs. 1 Nr. 5 WG LSA handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig ohne Erlaubnis eine Handlung nach § 3 Abs. 1 Nr. 8 vornimmt.
- (4) Die Ordnungswidrigkeit nach Abs. 3 kann gemäß § 191 Abs. 5 WG LSA mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Deutsche Mark geahndet werden.

§ 11 Aufhebung von Rechtsvorschriften

Für das Gebiet des Landkreises Quedlinburg werden folgende Rechtsvorschriften aufgehoben:

1. Beschluß über Unterschutzstellung des Landschaftsteils Nördliches Harzvorland als Landschaftsschutzgebiet, Rat des Bezirkes Halle, Beschluß-Nummer 116-30/61 vom 11.12.1961;

2. Beschluß über Unterschutzstellung der Landschaftsteile Harz, Rippachtal, Aga- und Elstertal zu Landschaftsschutzgebieten, Rat des Bezirkes Halle, Beschluß-Nummer 45-10/68 vom 26.04. 1968;
3. Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des „Bückebergs“ in der Stadt Gernrode, Landkreis Quedlinburg, vom 22.06.1993 (Amtsblatt für den Regierungsbezirk Magdeburg S. 68 vom 07.09.1993).

§ 12 aufgehoben

§ 13 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Quedlinburger Kreisblatt (Amtliches Bekanntmachungsblatt des Landkreises Quedlinburg) in Kraft.

Quedlinburg, den 04. Februar 1994

Mahlo, Landrat

Anlage

Faltkarte M 1 : 50.000

Anm.: Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Harz und nördliches Harzvorland“ im Landkreis Quedlinburg und Gefahrenabwehrverordnung für dieses Schutzgebiet vom 04. Februar 1994 erschien im Quedlinburger Kreisblatt (Amtliches Mitteilungsblatt des Landkreises Quedlinburg) Nr. 5/94 S. 9 vom 16. März 1994 und trat am 17. März 1994 in Kraft. Die Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Harz und nördliches Harzvorland“ im Landkreis Quedlinburg und Gefahrenabwehrverordnung für dieses Schutzgebiet vom 27.09.1996 erschien im Quedlinburger Kreisblatt (Amtliches Mitteilungsblatt des Landkreises Quedlinburg) Nr. 21/1996 S. 11 vom 20. Oktober 1996 und trat am 21. Oktober 1996 in Kraft. Die Zweite Verordnung des Landkreises Quedlinburg zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Harz und nördliches Harzvorland“ im Landkreis Quedlinburg (LSG-VOHV) vom 02. September 1998 erschien im Quedlinburger Kreisblatt (Amtsblatt des Landkreises Quedlinburg) Nr. 19/1998 S. 5 vom 26. September 1998 und trat am 27. September 1998 in Kraft. Die Berichtigung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Harz und nördliches Harzvorland“ im Landkreis Quedlinburg erschien im

Quedlinburger Kreisblatt (Amtsblatt des Landkreises Quedlinburg) Nr. 16/1999 S. 5 vom 28. Juli 1999. Die Dritte Verordnung des Landkreises Quedlinburg zur Änderung der VO über das LSG „Harz und nördliches Harzvorland“ im Landkreis Quedlinburg (LSG-VOHV) vom 30. Juli 1999 erschien im Quedlinburger Kreisblatt (Amtsblatt des Landkreises Quedlinburg) Nr. 21/1999 S. 11 vom 23. Oktober 1999 und trat am 24. Oktober 1999 in Kraft. Die Vierte Verordnung des Landkreises Quedlinburg zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Harz und nördliches Harzvorland“ im Landkreis Quedlinburg vom 04. Februar 1994 vom 18. April 2001 erschien im Quedlinburger Kreisblatt (Amtsblatt des Landkreises Quedlinburg) Nr. 09/2001 S. 5 vom 05. Mai 2001 und trat am 06. Mai 2001 in Kraft. Die Fünfte Verordnung des Landkreises Quedlinburg zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Harz und nördliches Harzvorland“ im Landkreis Quedlinburg vom 03. April 2002 erschien im Quedlinburger Kreisblatt (Amtsblatt des Landkreises Quedlinburg) Nr. 08/2002 S. 7 vom 27. April 2002 und trat am 28. April 2002 in Kraft. Die Sechste Verordnung des Landkreises Quedlinburg zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Harz und nördliches Harzvorland“ im Landkreis Quedlinburg vom 17. Mai 2002 erschien im Quedlinburger Kreisblatt (Amtsblatt des Landkreises Quedlinburg) Nr. 12/2002 S. 5 vom 22. Juni 2002 und trat am 23. Juni 2002 in Kraft. Die Siebente Verordnung des Landkreises Quedlinburg zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Harz und nördliches Harzvorland“ im Landkreis Quedlinburg (LSG-VOHV) vom 18. Juli 2002 erschien im Quedlinburger Kreisblatt (Amtsblatt des Landkreises Quedlinburg) Nr. 16/2002 S. 5 vom 17. August 2002 und trat am 18. August 2002 in Kraft. Die Achte Verordnung des Landkreises Quedlinburg zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Harz und nördliches Harzvorland“ im Landkreis Quedlinburg vom 19.02.2007 erschien im Quedlinburger Kreisblatt (Amtsblatt des Landkreises Quedlinburg) Nr. 4/2007 S. 5 vom 3. März 2007 und trat am 4. März 2007 in Kraft.